

der Romantik im Görres-Kreis, dem viele Theologen angehörten. Ferner hätten diejenigen markanten Theologen, die zur neuen Zeit und ihren Wissenschaften nur ein eindeutiges Nein übrig hatten, eine Würdigung verdient. Daß auch diese Theologen in dem Gesamtwerk in gebührender, objektiver Weise vorgestellt werden, sei nur am Rande bemerkt (eine der glanzvollsten Monographien ist beispielsweise diejenige über Hergenröther).

Was aber nicht übergangen werden darf, ist dies, daß bei den zeitgenössischen Theologen eine gründliche Auseinandersetzung mit Ludwig Feuerbach und Karl Marx nicht stattgefunden hat, wenn man einmal davon absieht, daß J. P. Hirscher 1849 gebieterisch die Abstellung der sozialen Mißstände verlangt, um den Angriff des Kommunistischen Manifests abzuwehren, das Staat und Kirche in ihrer Existenz bedrohte (II/46), daß *Bernhard Bolzano* sich mit Feuerbach beschäftigt hat, was unbekannt blieb, weil das literarische Ergebnis dieser Arbeit noch nicht veröffentlicht ist (I/343), und daß Pilgram die Dimension des Sozialen und Politischen philosophisch-theologisch reflek-

tiert hat und in manchem sich Parallelen zur Hegelkritik von Karl Marx herstellen lassen. Dieses Ergebnis hätte deutlicher im Gesamtwerk ins Bewußtsein gerückt werden dürfen, als es geschieht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn am Schluß ein zusammenfassender Rückblick hätte geboten werden können. Ein Blick auf die thematischen Schwerpunkte sowie auf Größe und Grenze der katholischen Theologie des 19. Jahrhunderts im ganzen hätten die Zusammenschau erleichtern helfen. Es sei jedoch ausdrücklich festgehalten, daß in den meisten Monographien auf Größe und Grenze jeweils im einzelnen aufmerksam gemacht wird. Den beiden Herausgebern gebührt jedenfalls außerordentlicher Dank dafür, daß sie zusammen mit einem qualifizierten Mitarbeiterstab ein solch perspektivenreiches Werk erstellt haben. Es wäre zu begrüßen, wenn durch die Wirkung dieser Bände die Frage- und Problemstellungen der deutschen katholischen Theologie im 19. Jahrhundert wieder deutlicher ins allgemeine Bewußtsein treten würden, damit die Kirche nicht erneut in die Sackgasse gerät, aus der sie das Zweite Vatikanische Konzil herausgeführt hat.

Johannes Brosseder

Länderbericht

Der Streit um das Erbe Mao Tse-tungs

Innenpolitische Unsicherheit und außenpolitisches Selbstbewußtsein der Volksrepublik China

Jetzt, zu Beginn des 27. Jahres der Existenz der chinesischen Volksrepublik, zeichnen sich stärker denn je die Belastungen und Spannungen ab, die auf dieses volkreichste Land der Erde zukommen. Der von den meisten ausländischen Beobachtern für unmöglich gehaltene Aufstieg Chinas von einem völlig isolierten und am Boden liegenden unterentwickelten Land zu einem mit beachtlichen Erfolgen aufwartenden und im weltpolitischen Kalkül nicht mehr zu übersehenden selbstbewußten Staat ist wieder einmal an einem Punkt angelangt, da sich der künftige Kurs durchsetzen muß und der bisherige Weg ernsthaft in Frage gestellt und bedroht ist. Hinter allen jüngsten Aktivitäten und Kampagnen, Konferenzen und Publikationen Chinas steht das geradezu zu einem Komplex gewordene Gespenst der Sowjetunion: „Die Rußland-Phobie nimmt unglaubliche Dimensionen an“ (China News Analysis, 21. 11. 75). Jeder Kritiker der augenblicklichen Politik wird unweigerlich in das Schema gepreßt, ein Agent der Sowjetunion zu sein, jeder Politiker des Auslandes, der

für einen Ausgleich mit Moskau eintritt, muß sich auf herbe Kritik aus Peking einstellen.

„Kampf dem Kapitulantentum“

Charakteristisch für diese das chinesische Denken und Handeln bestimmende Doppelangst vor sowjetischen Einflüssen in der Innen- und Außenpolitik erscheint die Ende August eingeläutete *neue Kampagne zur Mobilisierung der Massen*, die unter dem Motto „Kampf dem Kapitulantentum“ entsprechend zahlreicher Vorbilder ein literarisches Werk als Ansatzpunkt hat. Diesmal geht es um den bei den Chinesen wohl beliebtesten und bekanntesten Roman, um das im 14. Jahrhundert von *Shih Nai-an* geschriebene Volksepos „Wasserufergeschichte“, in Deutschland unter dem Namen „Die Räuber vom Liang Schan Moor“, in Amerika durch *Pearl S. Buck* unter dem Namen „All Men Are Brothers“ bekannt. Dieses bedeutsame chine-

sische Werk zählt zur Lieblingslektüre von *Mao Tse-tung* und wurde bisher in seinen Schriften und Reden häufig zitiert. Es galt als „unsterbliches Epos einer Bauernrevolution“ ebenso wie als Vorbild für Guerillataktik und „Beispiel für materialistische Dialektik“. Die Geschichte handelt von einem wegen Gattenmordes geflohenen Mandarin, der sich einer Räuberbande anschließt und deren Anführer wird. Im Stile Robin Hoods kämpft diese Räuberbande gegen korrupte und ungerechte Beamte, beraubt die Reichen und verteilt die Beute unter die Armen. Nur der Kaiser wird vom Haupthelden Sung Tschiang verschont. Dafür gewährt ihm dieser, nachdem die mittlerweile zu eine Bauerbewegung angewachsene Bande übermächtig geworden ist, die lang erhoffte Begnadigung. Daraufhin wechselt der Held mit seinen Getreuen in das Lager des Kaisers über und schlägt in dieser Eigenschaft später selbst eine Bauernrevolte nieder. Er wird mit Titeln und Geschenken überhäuft.

Nach einer kurzen Kritik des Romans in der „Kuang Min Jih Pao“ vom 23. August folgte am 4. September die Kampfansage und Begründung durch Mao Tse-tung selbst in der „Jen Min Jih Pao“, der Pekinger „Volkszeitung“. Der Vorwurf gipfelte in der Behauptung, Sung Tschiang „fördert das Kapitulantentum; er praktiziert den Revisionismus . . . er nimmt das Angebot der Amnestie an und läßt sich wieder in den Dienst nehmen“. Nun deutet *Mao Tse-tung* den Wert dieses literarischen Werkes um. Er bescheinigt ihm, das Verdienst der Wasserufergeschichte liege „eben in diesem Porträt des Kapitulantentums. Das Buch dient als negatives Lehrstück, das allen Menschen helfen kann, die Kapitulantanten zu erkennen.“

Wie immer in solchen Fällen allegorischer Verurteilung eines falschen Weges bleiben die Adressaten zunächst unerwähnt. Nur indirekt kann man die Richtung der Kritik herausfinden. Wichtig in der Darstellung jedoch ist die Schlußfolgerung, „daß jeder, der Revisionismus betreibt, auch Kapitulantentum betreibt — im Innern ein Klassen-Kapitulantentum und nach außen ein nationales Kapitulantentum“. An Beispielen aus der Geschichte der KP Chinas fehlt es nicht. Eine Reihe toter Prominenter wird dafür herangezogen — jeder Lebende muß sich hüten, mit diesen verglichen zu werden. Spätere Kommentare und Aufarbeitungen des Themas machen deutlich, daß die Kampagne offensichtlich gegen Fraktionen innerhalb der Partei gerichtet ist, die den totalen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion aufgeben wollen und gleichzeitig im Inneren Reste bürgerlichen Denkens und private ökonomische Interessen in kleinem Umfang bewahren oder dulden wollen.

Wahrscheinlich wird sich erst viel später herausfinden lassen, gegen wen speziell zum gegenwärtigen Zeitpunkt die neue Bewegung gerichtet ist. Bis dahin wird es wild wuchernde Spekulationen geben, in denen immer wieder der *Kampf zwischen „Rechten und Linken“* in China als Begründung für diesen oder jenen Schachzug herangezogen

werden wird. Wer auch immer Opfer dieses neuen revolutionären Prozesses ist, die Kampagne insgesamt ist ein weiterer Beleg für die fortdauernde Auseinandersetzung um den richtigen, den eigenständigen Weg Chinas. Es geht gleichzeitig um die Weichenstellung für die Zukunft und den Versuch, das bisher Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Kampfansage gegen das Kapitulantentum ist im Grunde eine Fortsetzung der Kulturrevolution und der Kampagne „gegen Konfuzius und Lin Piao“, den alten Weisen und den abtrünnigen Mao-Vertrauten, und „zur Festigung der Diktatur des Proletariats“. In ihr geht es sicherlich auch um die umstrittene Frage, ob es richtig war, fast alle führenden Funktionäre, die während der Kulturrevolution ihre Posten verloren, wieder in Amt und Würden einzusetzen. Damit geht es aber auch um die Rolle der auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution 1966/1967 so uneingeschränkt umworbenen Jugendlichen, die heute kaum an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt, statt dessen aufs Land abgeschoben worden sind und sich betrogen fühlen müssen. Bestimmend dürfte auch die unterschiedliche Auffassung innerhalb der Partei darüber sein, ob es gerechtfertigt ist, um der Parteidisziplin und Stärke nach außen willen die Hauptbetonung auf „Stabilität und Einheit“ zu legen und damit die offenbar weiter bestehenden inneren Gegensätze zu übertünchen. In diese Dispute und Positionskämpfe hat *Mao Tse-tung* nun erneut mit seiner ganzen Autorität eingegriffen. Es scheint ihm gelungen zu sein, wieder einmal eine *Kurskorrektur* im letzten Augenblick zur Überraschung seiner Opponenten erfolgreich angebracht zu haben. Für die Außen- und Innenpolitik sind damit Zeichen gesetzt, die die aufgekommene Unsicherheit über die maßgebliche Linie zumindest für einige Zeit verringern werden. Bisher hat sich noch kein Kritiker der neuen Weisung des Vorsitzenden gefunden. Die z. B. von der „Zeit“ (19. 9. 75) geäußerte Ansicht, die „Linken“ in der Partei hätten die Kampagne eröffnet, um die rehabilitierten *Opfer der Kulturrevolution* zu diskreditieren, ist schon deshalb wenig überzeugend, weil die von diesen für einen radikaleren Kurs gegenüber Sowjetunion und USA plädierenden „Linken“ in ihrem mutmaßlichen Shanghaier Hauptquartier herausgegebene Zeitschrift „Studium und Kritik“ noch Anfang August den wenig später kritisierten Roman gelobt hatte. Die „Linken“ scheiden also sowohl als Initiatoren als auch bisher als Saboteure der Kampagne aus. Insgesamt ist es in diesem Lager in der letzten Zeit still geworden, führende Repräsentanten der ungeduldig Drängenden sind von der offiziellen Pekinger Bühne verschwunden.

Außenpolitischer Blitzableiter

Bis vor kurzem konnte man den Eindruck gewinnen, als sei die *Außenpolitik* der bestimmende Faktor der augenblicklichen Politik der Volksrepublik China. In diesem Feld galt es viel nachzuholen, die Öffnung nach dem begonnenen Ausgleich mit den USA und der Aufnahme in

die Vereinten Nationen im Jahre 1972 brachte eine Fülle von neuen Aufgaben und Möglichkeiten, aber auch Belastungen mit innenpolitischen Rückwirkungen mit sich. Seither ist Peking in der oft mißlichen Lage, wegen der Konfrontation mit der Sowjetunion (nach dem Motto „Immer das tun, was die Sowjetunion nicht tut“) Kompromisse gegenüber anderen Staaten einzugehen, Regierungen anzuerkennen, die eigentlich nach dem revolutionären Konzept eine Abfuhr erhalten müßten, und Befreiungsbewegungen zu brüskieren, die von der Theorie her die volle Unterstützung der Chinesen erhalten müßten. Die Glaubwürdigkeit der politischen Linie hat darunter besonders in Ländern der Dritten Welt gelitten. Die notwendige Anpassung an diplomatische und internationale Spielregeln führt leicht zu Mißverständnissen über die wahren Absichten und zu verwirrenden Manövern zwischen wortreicher Aggressivität und pragmatischer friedlicher Koexistenz.

Mao Tse-tung, der inzwischen 82jährige Parteivorsitzende, galt lange Zeit als ein mehr auf die Innenpolitik konzentrierter revolutionärer Patriarch. Man schloß von seiner fehlenden Auslandserfahrung und mangelnden Sprachkenntnissen voreilig auf außenpolitische Naivität bei gleichzeitiger innenpolitischer Aufgeschlossenheit und Detailkenntnis. Die zahlreichen Empfänge für ausländische Besucher besonders im Jahre 1975 machten dagegen deutlich, daß der Horizont Mao Tse-tungs keineswegs auf China beschränkt ist. Er weiß, wie u. a. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* berichtete, bestens auch über Feinheiten der Entwicklung z. B. in Europa Bescheid. Ihm sind nicht nur Einzelheiten aktueller Vorgänge präsent, sondern er weiß sie auch genauestens zu beurteilen und einzuordnen. Gewiß ist auch dabei der sowjetische „Komplex“ von besonderer Bedeutung, doch ist Mao durchaus bereit, sich auch Standpunkte der anderen Seite anzuhören und teilweise zu eigen zu machen.

Der eigentliche Motor der neuen außenpolitischen Öffnung ist der welterfahrene und gewandte Diplomat, Ministerpräsident *Tschou En-lai*, der allerdings seit längerer Zeit bettlägerig ist und seit Anfang September 1975 keine ausländischen Besucher mehr empfangen konnte. Er war schon mehrmals Zielscheibe der Kritik, doch konnte er bisher alle Attacken abwehren und überstehen. Allgemein wird angenommen, daß er in Außenminister *Tschiao Kuan-hua* einen auf seiner Linie liegenden Mitarbeiter gefunden hat. Dennoch bleiben verschiedene Rätsel bestehen, weil im vorigen Jahr aus berufenem Munde sehr unterschiedliche Interpretationen der chinesischen Außenpolitik zu vernehmen waren. Bezeichnenderweise geht Mao Tse-tung in seiner jüngsten Weisung über das Kapitulantentum auf die zahlreichen Widersprüche in dieser Frage nicht ein. Er beschränkt sich vielmehr auf Allgemeinplätze, die zudem gänzlich auf den Konflikt mit der Sowjetunion abgestellt sind. Um der Einheit willen scheinen also auch hier Gegensätze größeren Ausmaßes verdeckt zu

werden. Größere Geschlossenheit ist vielleicht auch nicht mehr zu erreichen, da Mao Tse-tung z. B. gegenüber politischen Besuchern offen zugab, man kümmere sich nicht mehr um seine Weisungen. Dies gilt wohl in erster Linie den vom *Nationalen Volkskongreß* im Januar 1975 verabschiedeten Artikeln der neuen Verfassung, die z. B. im wirtschaftlichen Bereich ein überschaubares Privateigentum (kleiner Garten und Schweine) zulassen und damit im Gegensatz zu dem stehen, was der Vorsitzende mit der Kulturrevolution bezweckte. Die kritische Anmerkung Maos zielt aber wohl ebenso auf die außenpolitischen Richtlinien, die ihm nicht konsequent und revolutionär genug erscheinen mögen.

Wenn die durch nationalchinesische Agenten vom Festland herausgeschmuggelten, bisher in der Volksrepublik *geheimgehaltenen Reden* über außenpolitische Themen authentisch sind — und frühere, inzwischen überprüfte Präzedenzfälle lassen daran wenig Zweifel —, dann wird die ganze Diskrepanz zwischen dem selbstbewußten Auftreten Chinas auf internationalem Parkett und der heftig umstrittenen Konzeption der außenpolitischen Neubesinnung besonders deutlich. Bei Staatsbesuchen und Banketten, zweiseitigen Verhandlungen und internationalen Konferenzen erscheint die auswärtige Politik unumstritten wie aus einem Guß. Doch in der Praxis gibt es entweder Richtungskämpfe oder eine meist geschickt getarnte *Doppelstrategie*, die dann nur durch Indiskretionen publik wird.

Die in den Westen gelangte Rede der Frau Mao Tse-tungs, *Chiang Ch'ing*, vom März 1975 vor Angehörigen des chinesischen Auswärtigen Amtes (Wortlaut in: *Issues & Studies*, Taiwan, Juli 1975, deutsche Übersetzung in: *China aktuell*, August 1975) ist allein deshalb schon von großer Bedeutung, weil sie angeblich von Mao Tse-tung inspiriert wurde („Ich bin heute gekommen, um Ihnen zu sagen, was ich vom Vorsitzenden Mao erfahren habe, und um meine Pflicht als Parteimitglied zu erfüllen, indem ich das, was er Ihnen mitteilen möchte, an Sie weitergebe, denn er ist zu beschäftigt“) und weil die Unterschiede zur Politik Tschou En-lais nicht unerheblich sind. *Chiang Ch'ing*, die der „linken“ Fraktion um den jungen, inzwischen schon wieder in den Hintergrund getretenen „Senkrechtstarter“ *Wang Hung-wen* zugerechnet wird, vor einigen Wochen mit ihren Vorstellungen über eine *Neuordnung in der Landwirtschaft* aber auch nicht durchdringen konnte, machte in erster Linie deutlich, daß China „vor den Völkern der Welt für die revolutionäre Wahrheit Propaganda machen“ müsse: „Gleichzeitig müssen wir ihnen mit aller Deutlichkeit unseren Standpunkt erläutern: Wo es die Revolution gibt, da werden wir sie bis zum Ende unterstützen.“ Sie machte auch kein Hehl daraus, daß das Endziel der Revolution „die Begründung einer kommunistischen Gesellschaft auf der ganzen Welt ist“ — eine kommunistische Binsenwahrheit, die durch das außenpolitische Taktieren und Umwerben dennoch leicht in Vergessenheit geraten kann.

Vertrauen auf schwarze, kleine und arme Freunde

In einer etwas eigenartigen, fast schon an die katholischen Nickneger oder die süßen Schokoladenneger erinnernden Terminologie betonte sie sodann, China habe das Hauptgewicht der diplomatischen Arbeit „angesichts der steigenden Flut nationaler und demokratischer Bewegungen darauf gelegt, schwarze Freunde, kleine Freunde und arme Freunde zu gewinnen. Die wissen unsere Freundschaft zu schätzen und bemühen sich, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Wenn wir auch keine Weißen, Großen und Reichen zu Freunden haben, so sind wir doch nicht allein.“ Dies habe sich bei der UNO-Abstimmung über die Zulassung Chinas zur Weltorganisation gezeigt, bei der die kleinen Freunde stärker an Zahl und durchdringender mit ihrer Stimme waren als die Großmächte. Sehr realistisch und etwas spöttisch fügte sie hinzu: „So kamen wir schließlich doch in die UNO, und da standen plötzlich auch große Länder vor unserer Tür, um uns zu besuchen.“

Vergleicht man diese Ausführungen insgesamt mit den zwei bedeutendsten außenpolitischen Reden von Ministerpräsident Tschou En-lai 1973 und 1975, so erkennt man Übereinstimmungen in der Beurteilung *des Ringens der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie*, das als Quelle der Unruhe in der Welt mit dem derzeitigen Schwerpunkt in Europa gesehen wird. Nur kommen bei Tschou En-lai und in der heute offiziell gültigen Politik die USA besser weg als die Sowjetunion, während Chiang Ch'ing (und hier scheint die Inspiration durch Mao Tse-tung sehr zweifelhaft) beide auf eine Stufe stellt. Auch von „revolutionären Kompromissen“ gegenüber USA und Sowjetunion will Maos Frau im Gegensatz zum Ministerpräsidenten nichts wissen. Während die offizielle Generallinie in der Außenpolitik weiterhin von „proletarischem Internationalismus“ und „friedlicher Koexistenz“ bestimmt und im Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte die enge Zusammenarbeit zwischen der „Zweiten“ (Westeuropa, Japan, Kanada, Australien) und der „Dritten“ Welt gefördert wird, lehnt Chiang Ch'ing eine solche besondere Behandlung der entwickelten Länder rigoros ab.

In der Beurteilung der *Hilfe für Nationale Befreiungsbewegungen* scheint es die größten Differenzen zu geben. Tschou En-lai hat sich dazu völlig ausgesprochen; dagegen wurde den Ländern Thailand, Philippinen und Malaysia bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten (und dazu zählen die im Untergrund arbeitenden Guerilla-Einheiten in diesen Ländern) versichert. Glückwunsch- oder Kondolenztelegramme an aufständische Bewegungen in Malaysia, Birma und Indonesien, die im April und Mai 1975 vom ZK der KP Chinas abgesandt wurden, überraschten dann um so mehr, weil sie wie ein verächtlicher Kommentar zu den zwischenstaatlichen Vereinbarungen

klangen — und wohl in Südostasien auch so aufgefaßt wurden — und wie eine Bestätigung der Position von Chiang Ch'ing aussahen.

Auch Außenminister Tschiao Kuan-hua nahm sehr offen zur *außenpolitischen Strategie* in einer Rede vor Armeeführern und Parteifunktionären am 20. Mai 1975 in Tientsin Stellung (Wortlaut in: Background on China, New York, 8. 9. 75, Auszüge in deutscher Sprache in: FAZ, 14. 10. 75). Auch für ihn bleibt das Endziel die *Verwirklichung des Kommunismus auf der Welt*, doch hält er behutsame Schritte und Kompromisse für unausweichlich. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hänge alles davon ab, die Sowjetunion auf allen Ebenen und Erdteilen zu schwächen. Deshalb gebe China Frankreich moralische Unterstützung („... weil dieses Land von einer sowjetischen Invasion bedroht wird“). Dies bedeute aber keineswegs, daß das in Frankreich existierende System damit begünstigt werde: „Im Gegenteil, das Regime in Frankreich muß eines Tages zu Fall gebracht werden.“ Nach diesen unverhohlenen Ausführungen des Außenministers, die ursprünglich nicht für ein größeres, schon gar nicht für ausländisches Publikum bestimmt waren, muß das Hauptbemühen Chinas dahin gehen, jedes Vakuum auszufüllen oder für die Sowjetunion zu verbauen, das durch den Rückzug der Amerikaner frei wird. Ferner kann China jede Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten nur recht sein, weil dadurch die eigene Position nur erstarken kann. Im Nahen Osten propagiert er geradezu eine chinesische Zaungastpolitik, indem er die Realität Israels anerkennt, offizielle Beziehungen aber ablehnt, indem er auf einen Zusammenstoß der beiden Supermächte wartet, der dann eine vernünftige Regelung durch das Volk nach sich ziehen werde. Nordvietnam und Nordkorea können momentan kaum auf nennenswerte Unterstützung durch China rechnen, weil sie zwar den Imperialismus (USA) abgeschüttelt haben, jedoch noch gute Beziehungen zum Revisionismus (Sowjetunion) unterhalten.

In der Frage der *Auslandschinesen* und der Befreiungsbewegungen in Südostasien schließlich fand der Außenminister eine äußerst schlaue Argumentation. Den Kritikern der Abkommen mit verschiedenen asiatischen Ländern, in denen seitens Peking den dort lebenden Chinesen geraten wurde, die Staatsangehörigkeit dieser Länder anzunehmen, machte er klar, daß nur auf diese Weise der revolutionäre Kampf in Asien gefördert werden könne. Man habe ja nicht versichert, die lokale Bevölkerung an revolutionären Kämpfen zu hindern. Würden Chinesen, die ihre chinesische Staatsangehörigkeit behalten hätten, an solchen Aktionen teilnehmen, wäre China verpflichtet, ihnen Einhalt zu bieten, da es sich dann um die Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Landes handele. Diese Einschränkung falle jedoch weg, wenn die Auslandschinesen die Nationalität ihrer Heimatländer angenommen hätten.

Weniger ideologisch, mehr pragmatisch

Derzeit liegt der Schwerpunkt chinesischer Außenpolitik auf *Europa*. Als Begründung läßt sich aus einer Fülle von Erklärungen herauskristallisieren, daß die Chinesen von der Furcht beseelt sind, es könne in absehbarer Zeit ein vom Atlantik bis zum Ural unter sowjetischer Vorherrschaft stehendes Europa geben, das der Sowjetunion eine solche Stärke verleihen würde, die für China gefährlich wäre. Daher die Warnungen an den Westen, er lasse sich durch Moskau einschläfern, falle auf Abkommen wie das von Helsinki herein, deshalb die wiederholten Warnungen aus Peking vor einer „Schwächung des atlantischen Bündnisses“ und einer „Finnlandisierung Europas“. Nur so ist auch zu verstehen, daß Peking einen eigenen Botschafter für die EG ernannt hat und in Portugal gegen die nach Moskau ausgerichteten Kommunisten agitiert.

In *Afrika* taktiert China in den letzten Jahren sehr vorsichtig. Nach verschiedenen heftigen Disputen wegen allzu plumper Einmischung in interne Angelegenheiten afrikanischer Staaten arbeitet die Pekinger Diplomatie eifrig, aber zurückhaltend. Hier versuchen die Chinesen mit überzeugenden Entwicklungsprojekten wie der Tanzam-Eisenbahn, den Sowjets den Einfluß zu entziehen. In Angola ist die Entzweiung besonders deutlich: die beiden kommunistischen Rivalen unterstützen unterschiedliche Befreiungsbewegungen, und die Amerikaner konnten mit chinesischer Zustimmung rechnen, als sie Moskau vor weiterem einseitigen Engagement in Angola warnten.

Während auf dem *lateinamerikanischen Kontinent* die Aktivitäten Chinas geringer sind, ist naturgemäß *Asien* ein bedeutendes Feld außenpolitischer Betätigung. Man kann wohl „Time“ (27. 10. 75) zustimmen, daß nach dem Fall Vietnams der Hauptwandel in Asien im vergangenen Jahr in China selbst stattgefunden hat: „Peking scheint in der Außenpolitik weniger ideologisch und mehr pragmatisch als je seit der chinesischen Revolution vor 26 Jahren zu sein.“ Diese Aussage läßt sich wahrscheinlich auf die gesamte Auseinandersetzung mit Moskau übertragen, in der die ideologischen Differenzen mehr und mehr zurückgedrängt bzw. nur als Deckmantel vorgeschoben werden, während es in Wirklichkeit um Machtfragen und um die Führungsposition im kommunistischen Bereich geht. Das würde aber auch bedeuten, daß bei einer neuen personellen Konstellation in Peking aus rein pragmatischen Gründen der derzeit so völlig verbaut erscheinende Weg zwischen Moskau und Peking wieder freigeräumt werden könnte, ohne daß die Ideologie zu sehr strapaziert werden müßte. *Mao Tse-tung* ist sich dieser Möglichkeit wohl durchaus bewußt und forciert deshalb — solange er dazu in der Lage ist — die Zuspitzung auf die Kontroverse mit der Sowjetunion.

Als Pluspunkte können die Chinesen in Asien für sich verbuchen, daß sie den so lange bloßgestellten amerikanischen „Papiertiger“ in Vietnam, Kambodscha und Laos „entlarvt“ haben, daß sie seither von fast allen asiatischen

Staaten hofiert werden und einen Boom neuer diplomatischer Anerkennungen zu verzeichnen haben, ja daß schließlich der frühere Erzfeind Präsident *Ferdinand Marcos* von den Philippinen nach Peking pilgerte und die Volksrepublik als „natürlichen Führer Asiens und der Dritten Welt“ deklarierte (Far Eastern Economic Review, 14. 6. 75). Dennoch ging China die *Entwicklung in Indochina* zu schnell. Im Grunde haben die Amerikaner ihnen mit ihrem plötzlichen Rückzug das Konzept verdorben. Die Chinesen müssen jetzt zusehen, wie die Sowjetunion die geräumten Positionen Amerikas zu übernehmen trachtet. In Vietnam und Laos haben die Russen mittlerweile mehr zu sagen als die Chinesen, gegenüber Indien sitzen sie fest im Sattel. Deshalb geht derzeit ihr Bemühen dahin, zu verhindern, „daß der Tiger durch die Hintertür hineinkommt, während der Wolf durch die Vordertür herausgeworfen wird“.

Ein Mittel chinesischer Außenpolitik ist die *Entwicklungshilfe*, doch garantieren die dafür festgelegten acht Prinzipien, die *Tschou En-lai* 1964 aufstellte, den Empfängerländern weitestgehende Unabhängigkeit, wobei die Gewährung zinsloser Darlehen mit sehr langer Rückzahlungsfrist und die Bestimmung, daß chinesische Experten im Gastland keinen höheren Lebensstandard als die einheimischen Spezialisten haben dürfen, entscheidend zum Ansehen chinesischer Entwicklungshilfe beitragen. Aber auch gegen diesen Teil der Politik gab es Kritik. So beklagte der Vizepräsident des Staatsrates, *Yu Chiu-li*, im Februar 1974 die Tatsache, daß „es Genossen gebe, die sich über unsere zielbewußte Unterstützung für gewisse Bruderstaaten beschwerten, wodurch angeblich unser Land ärmer werde. Sie klagten, daß Koreas Nylongarn, Albanien Reihen Häuser, Vietnams Gewehre und Kanonen und Sihanouks goldene Reisschale unser Blut und unseren Schweiß gekostet haben und uns sogar gezwungen haben, auf dem Lande nach Schafen zu suchen“ (zit. nach: What's Happening on the Chinese Mainland, Taipei, 15. 10. 75).

Überraschung lösten die *jüngsten Erhebungen über die Rüstung* der Volksrepublik China aus. Entsprechend einer umfangreichen Expertise der CIA (vgl. Le Monde, 18. 7. 75) hat China seine Verteidigungsausgaben seit 1971 um 25 % gesenkt. Nach Ansicht der Experten ist dies u. a. eine Folge der Einschränkung des Baus von Militärflugzeugen und der Produktion von Bomben konventionellen Typs. Diese ungewöhnliche Reduzierung angesichts weltweiten Wetttrüstens könnte auf die Überlegung zurückzuführen sein, daß auch gesteigerte Ausgaben China keine militärische Überlegenheit über Supermächte wie Sowjetunion und USA verschaffen könnten. Peking dürfte seine nuklearen und konventionellen Streitkräfte für stark genug halten, um die Sowjetunion vor einem Angriff abzuschrecken. Im übrigen besitzt China damit ein Alibi, um die „Hegemonisten“ unermüdlich wegen ihres Wetttrüstens anprangern zu können. Gleichzeitig werden so Mittel frei für die auf Dauer wohl wichtigere Fortent-

wicklung der Wirtschaft. Das Rüstungsrennen kann China in absehbarer Zeit nicht gewinnen. Wenn also auch die Sicherheit nicht entscheidend vergrößert werden kann, ist es realistischer, sich auf geschicktes diplomatisches Taktieren, die Gewinnung von Freunden und Gesinnungsgenossen, das Schüren des Zwistes zwischen den beiden Großmächten und schließlich auf die Verteidigungsbereitschaft jedes einzelnen Chinesen mit Hilfe der Volksmiliz zu verlassen.

Zwischen Zugeständnissen und Einengungen

Als Bindeglied zwischen den innenpolitischen und außenpolitischen Sicherheitsbemühungen und Vorkehrungen für die Bewahrung des Besitzstandes dient die augenblicklich in China populärste Losung *Mao Tse-tungs*: „Tiefe Tunneln graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie streben.“ Der Ernstfall eines Angriffs durch die Sowjetunion wird eindeutig eingeplant. Ob aus wirklicher Angst oder aus Gründen inneren Zusammenhalts und verstärkter Leistungsforderung, ist schwer abzuschätzen.

Alle Massenkampagnen der letzten Zeit hatten zumindest teilweise auch die Stärkung der Wirtschaft und den Ausbau von Landwirtschaft und Industrie zum Ziel. Hier gilt es in erster Linie gegen immer wieder aus der Tiefe auftauchende menschliche Urinteressen wie Privatbesitz, Individualität und Eigeninitiative anzugehen, will man an dem von *Mao Tse-tung* propagierten selbstlosen, dem Volke dienenden Menschen festhalten. Dieses von Anfang an verfochtene Ziel, mit dem der bisher größte Eingriff in gesellschaftliche und menschliche Gegebenheiten verbunden ist, hat China auf der einen Seite sicherlich zu seinem heute weltweit beachteten Stand und seinem für viele Entwicklungsländer gültigen Modellcharakter verholfen, stellt auf der anderen Seite aber auch bis heute eine permanente Herausforderung für die Partei und eine ebenso permanente Rückfallgefahr dar. Die öffentlich ausgetragenen Vorwürfe gegen *Konfuzius* und *Lin Piao*, gegen Kapitulanten und Anhänger „bürgerlicher Rechte“ gelten den von Versuchungen gefährdeten Arbeitern und Bauern, die bei langsam steigendem Wohlstand erneut den revolutionären Elan zu verlieren drohen. Galt dieser Erscheinung schon die Kulturrevolution, so muß nach Maos Meinung vorläufig noch alle sechs bis sieben Jahre eine ähnliche Bewegung über das Land kommen, um Schlendrian und Rückfälle in den „Kapitalismus“ zu verhindern.

Mit der im Januar 1975 verabschiedeten *neuen Verfassung* wurde ein Gerüst für die Meisterung der internen Probleme geschaffen (vgl. Dokumente der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Peking 1975). Demnach ist man bemüht, daß die Massen

beitragen „zur Schaffung einer politischen Situation, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, was dazu beitragen soll, die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas und die Diktatur des Proletariates zu festigen“. Die in der Verfassung niedergelegte Mischung aus Zugeständnissen (Art. 7: „Unter der Voraussetzung, daß die Entwicklung und der absolute Vorrang der Kollektivwirtschaft der Volkskommune gewährleistet sind, dürfen die einzelnen Mitglieder der Volkskommune kleine Parzellen für ihre private Nutzung bewirtschaften und häusliches Nebengewerbe in geringem Umfang ausüben, in Viehzuchtgebieten dürfen sie einen geringen Viehbestand für ihre private Nutzung besitzen“) und Einengungen (Art. 12: „Kultur und Bildungswesen, Literatur und Kunst, Körperkultur und Sport, Gesundheitswesen sowie wissenschaftliche Forschung müssen der proletarischen Politik dienen, müssen den Arbeitern, Bauern und Soldaten dienen und sind mit der produktiven Arbeit zu verbinden“), aus versprochener geistiger Freiheit und offen zugegebenem geistigen Zwang wirkt verwirrend. So wird einerseits in Art. 28 behauptet, die Bürger hätten „das Recht auf die Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Presse, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen, von Protestdemonstrationen und des Streiks, sie haben Religionsfreiheit sowie die Freiheit, sich zu keinem religiösen Glauben zu bekennen und den Atheismus zu propagieren“. Doch in der Praxis ist z. B. das *Christentum* auf die Anonymität kleiner Gruppen reduziert, selbst die ohne Billigung Roms geweihten Bischöfe sind völlig von der Bildfläche verschwunden. Im Grund schließt ja auch der in Art. 2 niedergelegte Grundsatz, daß „der Marxismus, der Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen“ die „theoretische Grundlage“ seien, „von der unsere Nation ihr Denken leiten läßt“, eine solche Religionsfreiheit wieder aus. Mit diesem Konzept will man aber, wie Tschou En-lai im Tätigkeitsbericht der Regierung sagte, die Richtlinie befolgen helfen: „Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern.“ Damit will man erreichen, daß bis 1980 „ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt“ aufgebaut wird, um „noch in diesem Jahrhundert allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann“. Ein hochgestecktes Ziel, um dessen Verwirklichung sich momentan die Kader in Landwirtschaft und Industrie auf allen Ebenen bemühen. Unter den Parolen „Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen“ und „Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachten“ geht es in zwei großen Massenbewegungen darum, in der Industrie von dem Muster-

projekt Datjing und in der Landwirtschaft von der Musterkommune Dadschai zu lernen, die sich beide durch die Überwindung großer Hindernisse und durch ideenreichen, unermüdlichen Einsatz ihrer Mitglieder ausgezeichnet haben und nun allen Chinesen zur Nachahmung empfohlen werden.

„Kampf zwischen zwei Linien auch noch in 10000 Jahren“

In der *Landwirtschaft* konnten trotz aller Erfolge bisher nicht die ursprünglich angesetzten Ergebnisse erzielt werden. So drängt man jetzt auf eine möglichst rasche Verwirklichung der Pläne. Der Landwirtschaft wird Priorität eingeräumt, wobei das Hauptaugenmerk nun auf die Mechanisierung gelegt werden soll. Diese soll zügig, aber nicht übereilt eingeführt werden, um nicht neue soziale Probleme zu schaffen. Bisher ist Chinas größte Stärke das Menschenpotential. Durch den weitgehenden Verzicht auf Mechanisierung konnte sich China von „dekadenten“ Krediten freihalten und außerdem Vollbeschäftigung garantieren. Wenn dennoch nun die Mechanisierung auf dem Arbeitsgebiet von fast 80% der Gesamtbevölkerung propagiert wird, so geschieht dies, weil man für die Weiterentwicklung der Industrie — eine parallel verlaufende Bemühung — dringend Arbeitskräfte benötigt. Das bisher schon beispielhafte System der Bewässerung der Äcker und des Schutzes vor Überschwemmungen soll weiter ausgebaut werden. Zusätzliche Anstrengungen gelten der Landerschließung, Düngemittelproduktion und Aufzucht (vgl. Peking-Rundschau, 4. 11. 75).

Die industrielle Erschließung wird in den kommenden Jahren sicherlich große Fortschritte machen. Hauptkatalysator dabei dürfte das *Erdöl* sein, das den Chinesen unerwartete Möglichkeiten eröffnet. Die weltweite Erdölkrise ging in entscheidenden Punkten an Peking vorbei, China beliefert bereits seine Nachbarländer mit dem be-

gehrten Rohstoff und ist auch bereit, den Export auszubauen. Nach den neuesten Zahlen, die von einem Fachmann in Hongkong mit offensichtlicher Billigung Chinas bekanntgegeben wurden (vgl. FAZ, 4. 11. 75), kann China unter Beibehaltung der augenblicklichen Zuwachsrate 1980 eine Erdölförderung von 200 Millionen und 1985 von ca. 400 Millionen Tonnen erreichen, was etwa der derzeitigen Jahresförderung von Saudi-Arabien entspricht. Die Erdölreserven scheinen von ungeahntem Ausmaß zu sein (vgl. China aktuell, Juni 1975, 286 ff.). Mit diesem Boom sind aber viele Aufgaben wie Erschließung des Verkehrsnetzes und Aufbau von Verarbeitungsindustrien verbunden. Wie diese Investitionen bewältigt werden, ist noch ein Geheimnis.

Diese Entwicklung könnte aber auch zu einer neuen Belastungsprobe für das gesamte Gesellschaftssystem werden. Die jetzt noch bestehenden *Lohnunterschiede* (30 Gehaltsstufen, 8 Lohnstufen) können bei einem solchen Fortschritt kaum beseitigt werden, die Spezialisierung muß zunehmen — und damit auch die Unterschiedlichkeit. Noch hat die inzwischen wieder gänzlich auf gemäßigten Kurs eingeschworene Führung die Fäden in der Hand, die vor wenigen Jahren gefährlich überrepräsentierte Armee hat ihren Einfluß im politischen Leben fast ganz verloren. Was nach dem Tode Mao Tse-tungs geschieht, bleibt völlig offen. Ein Leitartikel der Pekinger „Volkszeitung“ vom 19. Oktober 1975 strahlt nicht gerade Optimismus aus, heißt es dort doch: „Sozialismus oder Kapitalismus — immer noch stehen wir diesen zwei Möglichkeiten gegenüber. Auch in den nächsten 50 oder 100 Jahren wird der Kampf der zwei Linien fort dauern, sogar in 10000 Jahren wird es diesen Kampf geben.“ *Mao Tse-tung* selbst schrieb seiner Frau am 8. Juli 1966: „Sollte es zu einem antikommunistischen rechten Staatsstreich kommen, werden sie sich bestimmt auf meine Worte berufen, aber auch die Linken werden meine Worte benutzen, um sich zu organisieren und die Rechten zu überwinden.“

Norbert Sommer

Forum

Volks- oder Gemeindekirche?

Zu dem Bericht von Karl-Ernst Apfelbacher „Reform zwischen Utopie und Getto. Über die neuere Diskussion zum Thema Gemeindekirche“ im Oktoberheft (S. 512—522) schickte uns Prof. Norbert Greinacher (Tübingen) die folgende Stellungnahme. (Zur Meinung der Redaktion zum gleichen Thema vgl. HK, Februar 1974, 61 ff.).

Die Konzeption der Gemeindekirche wird kritisiert von progressiven Theologen und konservativen kirchlichen Amtsträgern. Sie steht in Gefahr, mißverstanden oder mißbraucht zu werden von kirchlichen Gruppen, Pfarrern und Bischöfen. Sie findet Zustimmung von den verschiedensten Richtungen her. Diese Tatsache besagt nichts Entscheidendes über die Richtigkeit